

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1922

414 (8.9.1922) Mittagausgabe

Badische Presse

Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Branchenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat

Eigentum und Verlag von Ferd. Thiergarten

Redaktion: Dr. Walter Schneider

Verbreitung: Dr. W. Schneider

Bezugs-Preise: In Karlsruhe: Im Verlage

Anzeigen: Die Spalt-Preisliste Nr. 1750

Die Garantieverhandlungen und die deutsche Industrie.

Die Berliner Besprechungen.

Interne Beratungen mit deutschen Industriellen. Der Plan einer Dreiteilung der Schachwechel-Garantien.

m. Berlin, 8. Sept. (Drahtmeldung der Berliner Schriftleitung).

Bei allen begründeten Hoffnungen auf eine befriedigende Verständigung, die namentlich auch von belgischer Seite zu Beginn der Verhandlungen ausgedrückt wurde.

Von nicht amtlicher Seite verlautet, es werde eine Dreiteilung der Garantien für die deutschen Schachwechelbetriebe.

An der gestrigen Sitzung unter dem Vorsitz von Reichsfinanzminister Dr. Hermes und Generaldirektor Kuno von der Hamburg-Amerika-Linie.

Vermutlich wird heute eine Kabinettsitzung zu den neuen Vorschlägen, die sich aus den Verhandlungen mit den belgischen Delegierten ergeben haben.

seitigen entschiedenen Verständigungswillens eine Einigung als wahrscheinlich angesehen werden könne.

Nachdem die Beratungen zwischen den Belgiern und der deutschen Regierung einmal den allgemeinen Boden verlassen haben und in die praktische Erörterung der vorliegenden Möglichkeiten eingedrungen sind.

Es darf als ein nicht zu unterschätzendes Symptom bewertet werden, daß der Stinnes-Vertrag in der französischen Presse fast nur ein freundliches Echo findet.

Staatspolitik u. Wirtschaftspolitik.

Von Professor Gerland.

Beim Abschluß der Verhandlungen zwischen der Stinnes-Gruppe und französischen Interessantengruppen ist man vielfach der Auffassung begegnet, daß hier der Vertretern des Wirtschaftslebens die Lösung einer wirtschaftlichen Frage möglich war.

Die Behauptung, daß es eine vom Wirtschaftsleben gelöste, auf sich selbst gestellte Staatspolitik nicht gebe, daß mithin alle Politik in letzter Linie auch als Außenpolitik, Wirtschaftspolitik sei, ist nicht neu.

Richtig ist, daß eine jede Staatspolitik, deren letztes Ziel die Erfassung der Lebensmöglichkeiten der eigenen Nation ist, dem Wirtschaftsleben des Volks dieselbe Aufmerksamkeit zu widmen hat.

Falsch aber ist der metallgemeinernde Satz, daß die Wirtschaftspolitik die eigentliche Staatspolitik sei.

Die Frage ist im Sinne der zweiten Alternative zu beantworten. Zunächst werden die politischen Verhältnisse eines Volkes, wie bereits hervorgehoben, weder nach Innen noch nach Außen lediglich rein wirtschaftlich bedingt.

Ferner aber kann eine Staatspolitik gar nicht getrieben werden lediglich oder auch nur überwiegend nach wirtschaftlichen Orientierungen, weil ein einheitliches Wirtschaftsinteresse, nach dem die Handlungen des Staats sich zu richten hätten, überhaupt nicht existiert.

Was aber ist nun der letzte Gedanke der Staatspolitik, dem sich jede andere Erwägung unterzuordnen hat?

Aus dieser Grundaufgabe der Staatspolitik ergibt sich aber weiter (die meisterhafte Diplomatie Bismarcks im Hinblick auf Rußland und Oesterreich findet hier ihren Ausgangspunkt), daß in entscheidendster Weise das Verhältnis Deutschlands zu den anderen Mächten, namentlich den für Deutschland bedeutungsvollsten Nachbarmächten ausschlaggebend wird.

Sind diese Gedanken maßgebend (und die Geschichte der letzten 30 Jahre beweist mit erschreckender Deutlichkeit, daß sie maßgebend

Der Wiederaufbau-Vertrag.

Günstige Pressestimmen in Frankreich. — Um die Reparationskohle für die Wiederaufbaumindustrie.

S. Paris, 7. Sept. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Nach ihrer Zurückhaltung, die den französischen Blättern ohne Zweifel von der französischen Regierung hinsichtlich ihrer Kommentare zum Luberfac-Stinnes-Vertrag auferlegt worden war, bringen heute abend der "Temps" und das "Journal des Débats" ziemlich gleichlautende Kommentare, die im wesentlichen eine Bestätigung der gestern vom Wiederaufbaumministerium im Begutachtungsausschuß gemachten Erklärungen bedeuten.

Eine Finanzkonferenz der kleinen Entente.

S. Paris, 7. Sept. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Das "Journal des Débats" will aus guter Quelle erfahren haben, daß die Finanzminister der kleinen Entente in Prag zu einer Konferenz zusammenzutreten beabsichtigen.

Ein Brief Prot 80 M in Berlin.

II. Berlin, 8. Sept. (Drahtbericht.) Vom nächsten Monat ab kostet ein 1800 Gramm Brot hier 80 M.

Generaldebatte im Völkerbund.

Reparationsproblem und interalliierte Schulden. — Das Saarlandregime. — Die österreichische Frage.

e. Genf, 7. Sept. (Eigene Drahtmeldung.) Die Völkerbundsversammlung setzte die Generaldebatte über den Geschäftsbericht fort.

Das Reparationsproblem und die Frage der interalliierten Verpflichtung.

seien so schwerwiegend für die ganze Welt geworden, daß der Völkerbund sie nicht dauernd ignorieren könne.

Universalität des Völkerbundes

zu erläutern. Auch in der österreichischen Frage appellierte er an die Versammlung.

Der österreichische Delegierte Graf Mensdorff, dessen Rede die Sitzung schloß, dankte seinem Vorgesetzten für das Oesterreich betrieblene Interesse und richtete an den Völkerbund die Bitte, Oesterreich diesmal nicht nur Ratschläge zu erteilen, sondern auch bald zu helfen.

Der fünfjährige Ausschluß der das österreichische Problem nach politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten unterzuden soll, wird morgen, Freitag, zusammenzutreten.

